



Husum Wind 2023 – 12. September 2023

WEA-Genehmigungen und Artenschutzanforderungen: Unterschiede in Planungsraum I, II, III in Schleswig-Holstein

Dr. Michael Rolshoven

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht



Lietzenburger Straße 51, 10789 Berlin
www.tettaupartners.de



Dr. Michael Rolshoven

Michael Rolshoven ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in der Kanzlei Tettau | Partnerschaft. Das dortige Team Erneuerbare Energien seit über 20 Jahren mit sieben AnwaltskollegInnen auf alle Rechtsfragen der Projektentwicklung und -veräußerung im Bereich der Erneuerbaren Energien spezialisiert.



Herr Dr. Rolshoven berät seit 2001 zahlreiche EEG-Projektierungsunternehmen vornehmlich auch in Fragen des Anlagenzulassungsrechts, des Umweltrechts und des Bau- und Planungsrechts. Er ist zudem Mitglied des Juristischen Beirats des BWE und langjährig im BWE-Arbeitskreis Naturschutz tätig (Mitglied des Sprecherkreises).

**Das Anwalts-Team der tettau Partnerschaft
Entschieden für Erneuerbare!**





Unser Beratungsumfang in den EE:





I. Zielvorgabe



- Ausbauvorgaben sind „relativ“.

Scholz plant „vier bis fünf Windräder“ täglich

Die Bundesregierung will den Ausbau der Windkraft beschleunigen. Im Schnitt sollen bis 2030 täglich "vier bis fünf Windräder" an Land hinzukommen, sagte Kanzler Scholz.

(tagesschau.de vom 05.02.2023)



- Zum Vergleich: Ausbauzahlen vor rund zehn Jahren

Jahr	installierte Leistung (Brutto-Zubau)	WEA/a	WEA/d
2014	4750 MW	1766 WEA	4,8 WEA
2015	3730 MW	1378 WEA	3,7 WEA
2016	4625 MW	1549 WEA	4,2 WEA
2017	5333 MW	1849 WEA	5,1 WEA
2018	2402 MW		
2019	1078 MW	325 WEA	0,9 WEA

Quellen: Fachagentur an Land, DEWI, Deutsche WindGuard

- Schon fast vergessen: 2007 Friedensnobelpreis für IPCC und Al Gore
- Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland, ca. 120 kW/Tag (Primärenergie)



II. Neue gesetzliche Grundlagen

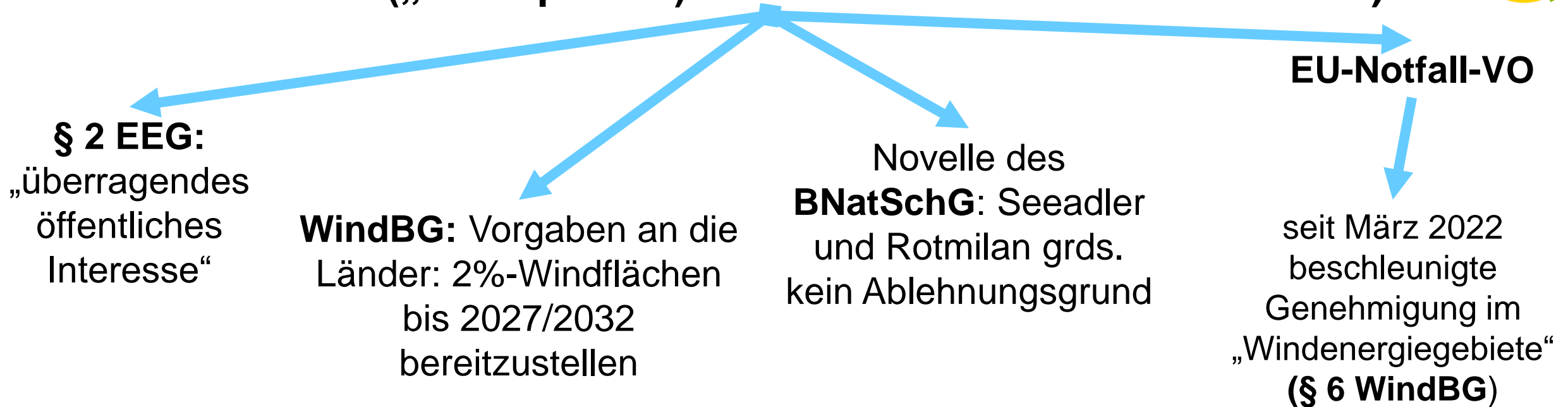


1. Klimaschutzbeschluss des BVerfG vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 u.a.

2. Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die **Herstellung von Klimaneutralität**. [...]

4. Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung **grundrechtsgeschützter Freiheit** über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen **über die Generationen**. Subjektivrechtlich schützen die Grundrechte als **intertemporale Freiheitssicherung** vor einer einseitigen Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasreduzierungslast in die Zukunft. [...]

2. Immerhin zahlreiche neue Bundesrechtliche Vorgaben aus 2022/23/24 („Osterpaket“) und vieles mehr – ein Überblick



Weitere Änderungen:

- ⇒ Repowering (BauGB); VwGO-Novelle (März 23); ROG-Novelle (ab Sep. /23 in Kraft)
- ⇒ „**Pipeline**“ für **Herbst 2023:** Vorbescheid (BlmSchG), Duldungspflichten für Kommunen und Grundeigentümer (EEG) etc. („Solarpaket I“) ...
- ⇒ Novelle **RED III** im Herbst, Umsetzung bis Sommer 2024



„Pointe“ des § 6 WindBG

UVP entfällt

Artenschutzprüfung entfällt, stattdessen...

Geeignete und verhältnismäßige **Minderungsmaßnahme**,
und zwar „auf Grundlage
vorhandener Daten“

Artenschutzabgabe

als jährliche
Zahlung

450 EUR/MW, bei Abregelung
oder Investitionskosten von 17
TEUR je MW

...ansonsten
3 TEUR je MW

stets: WEA-
Genehmigung
wird erteilt

Schlüssel zu substantiell mehr Genehmigungen



§ 2 EEG:
„überragendes
öffentliches
Interesse“

WindBG: Vorgaben an die
Länder: 2%-Windflächen
bis 2027/2032
bereitzustellen

Novelle des
BNatSchG: Seeadler
und Rotmilan grds.
kein Ablehnungsgrund

EU-Notfall-VO

seit März 2022
beschleunigte
Genehmigung im
„Windenergiegebiete“
(§ 6 WindBG)

Vollzugsempfehlung
des BMWK aus Juli
2023
(unverbindlich, anders
z.B. Ländererlasse,
vgl. Hessen)



§ 6 WindBG als „Gamechanger“:

Kombination aus

- a) Windenergiegebiete und deren umfangreiche Neuausweisung und ...
- b) Verzicht auf UVP und Artschutzprüfung führen zu

→ deutliche Verfahrenserleichterungen; keine Ablehnung mehr „wegen Rotmilan & Co.“, ggf. Zahlung in Artenhilfsprogramme (Berechenbarkeit!)





III.

§ 6 WindBG gilt nur im „Windenergiegebiet“
- der Flaschenhals ...



Flächenbeitragswerte erfordern „Windenergiegebiete“...

§ 2 WindBG

Im Sinne dieses Gesetzes sind

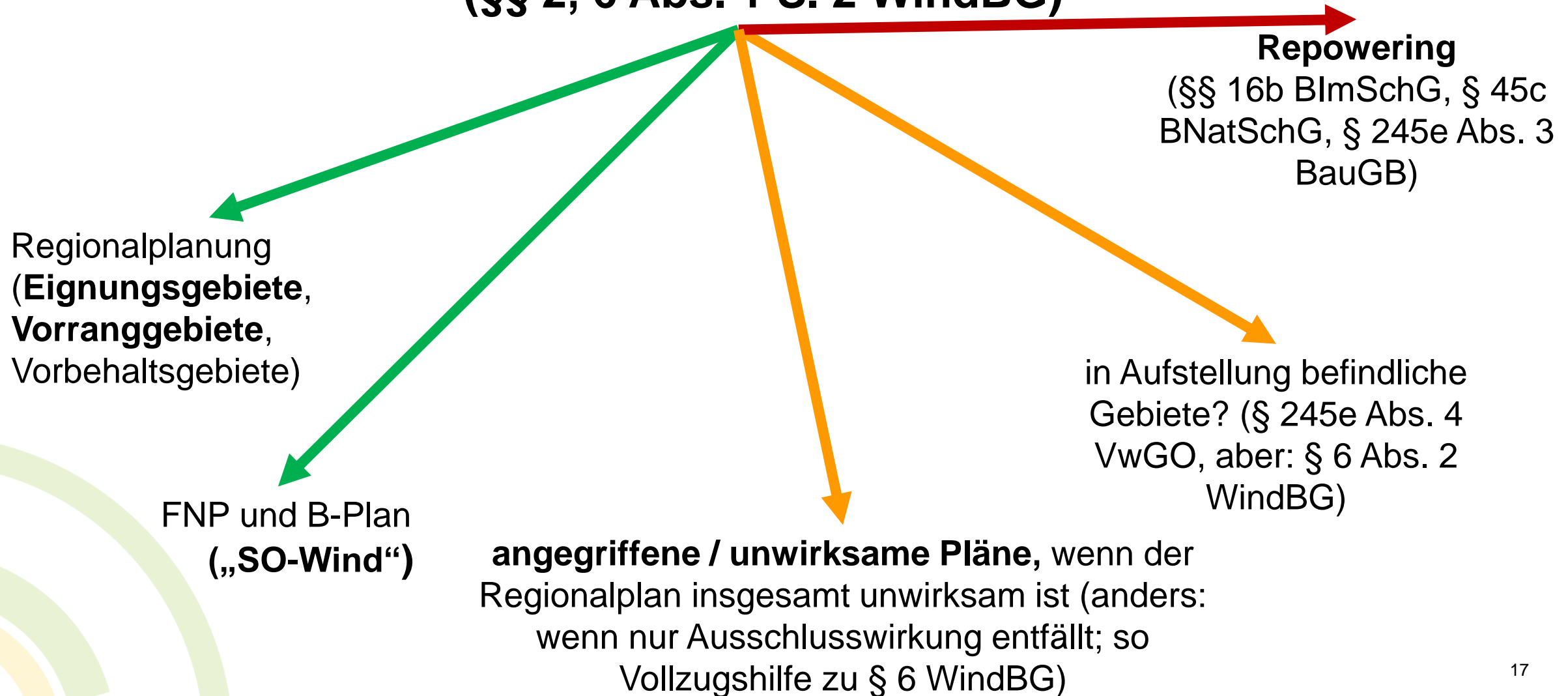
1. Windenergiegebiete:

folgende Ausweisungen von Flächen für die Windenergie an Land in Raumordnungs- oder Bauleitplänen:

- a) **Vorranggebiete** und mit diesen vergleichbare Gebiete in **Raumordnungsplänen** sowie Sonderbauflächen, Sondergebiete und mit diesen vergleichbare Ausweisungen in **Flächennutzungsplänen** und **Bebauungsplänen**;
- b) für die Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 Spalte 1 zusätzlich **Eignungs- und Vorbehaltsgebiete** in Raumordnungsplänen, wenn der Raumordnungsplan spätestens am 1. Februar 2024 wirksam geworden ist;



„ausgewiesene Windenergiegebiete“ (§§ 2, 6 Abs. 1 S. 2 WindBG)





Regionalplanung / Ausschlussplanung in Schleswig-Holstein



SH, PlanungsR I

OVG Schleswig, Urt.
vom 22.03.2023 – 5 KN
53/21 (PlanR I):
→ unwirksam

anders: PlanungsR II

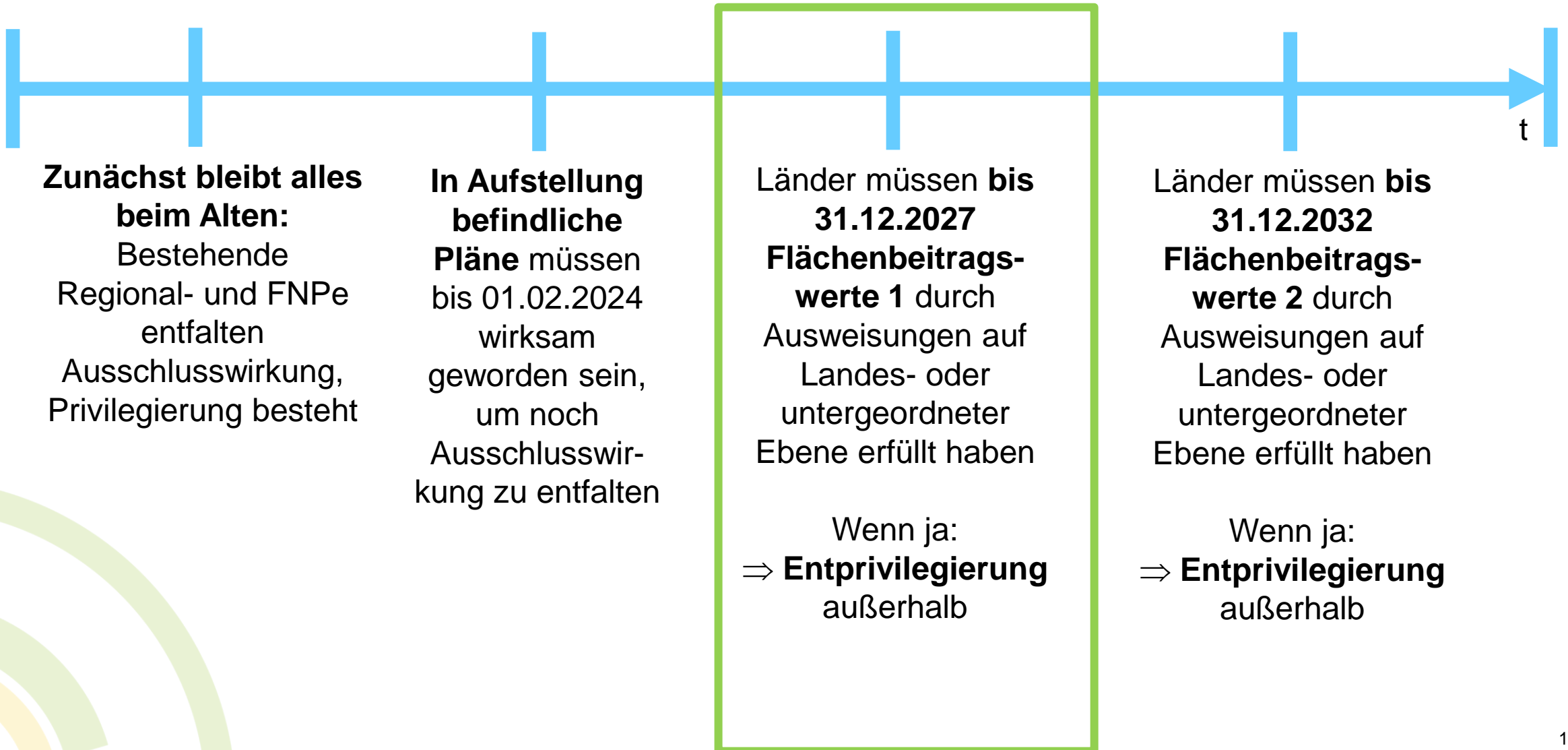
Urt. v. 07.06.2023 –
5 KN 42/21 (PlanR II):
→ wirksam

PlanungsR III
OVG-Urteil
steht aus



Das „Herzstück“: WindBG und Änderungen BauGB

Funktionsweise für Neuprojekte im Überblick (nicht: Repowering)





IV. Ausblick



1. RED-III: Anschlussregelung für § 6 WindBG?

- Windenergiegebiete – Flächenbeitragswerte, vgl. oben
 - EU-Notfall-VO 2022/2577 vom 30.12.2023: „Brückenfunktion“
 - Aktuell RED-III soll im Herbst im Rat beschlossen, zum 1.1.2024 in Kraft treten, Umsetzungsfrist: 6 Monate
 - Windenergiegebiete, künftig „**Beschleunigungsgebiete**“ („*renewables acceleration areas*“)
 - Vereinbarkeitsvermutung mit Artenschutzrecht, wenn Minderungsmaßnahmen eingehalten wurden (Art. 16a Nr.4 f. RED III)
-
- Erleichterungen sind nicht identisch mit § 6 WindBG
 - Prüfungspflichten bereits auf Planungsebene: Umfang unklar!
 - Spielraum bei der Umsetzung in deutsches Recht



2. Die starke Stellung der Kommune nach Osterpaket & Co.

Kann **weitere** Flächen
zusätzlich zu Flächen nach
dem WindBG **ausweisen**,
durch **Bebauungsplan**

(ergibt sich z. B. aus
§ 249 Abs. 4 BauGB)

„Isolierte Positivplanung“,
zusätzliche Flächen
bis 25 % der
Bestandsfläche

(§ 245e Abs. 1 BauGB)

Gemeinde hat
Regelanspruch auf
Zielabweichung
für zusätzliche Fläche

§ 245e Abs. 5 BauGB, ab 1/2024

Ist bei Erfüllung
Flächenbeitragswerte gem.
WindBG an Ziele der
Raumordnung **nicht** gebunden

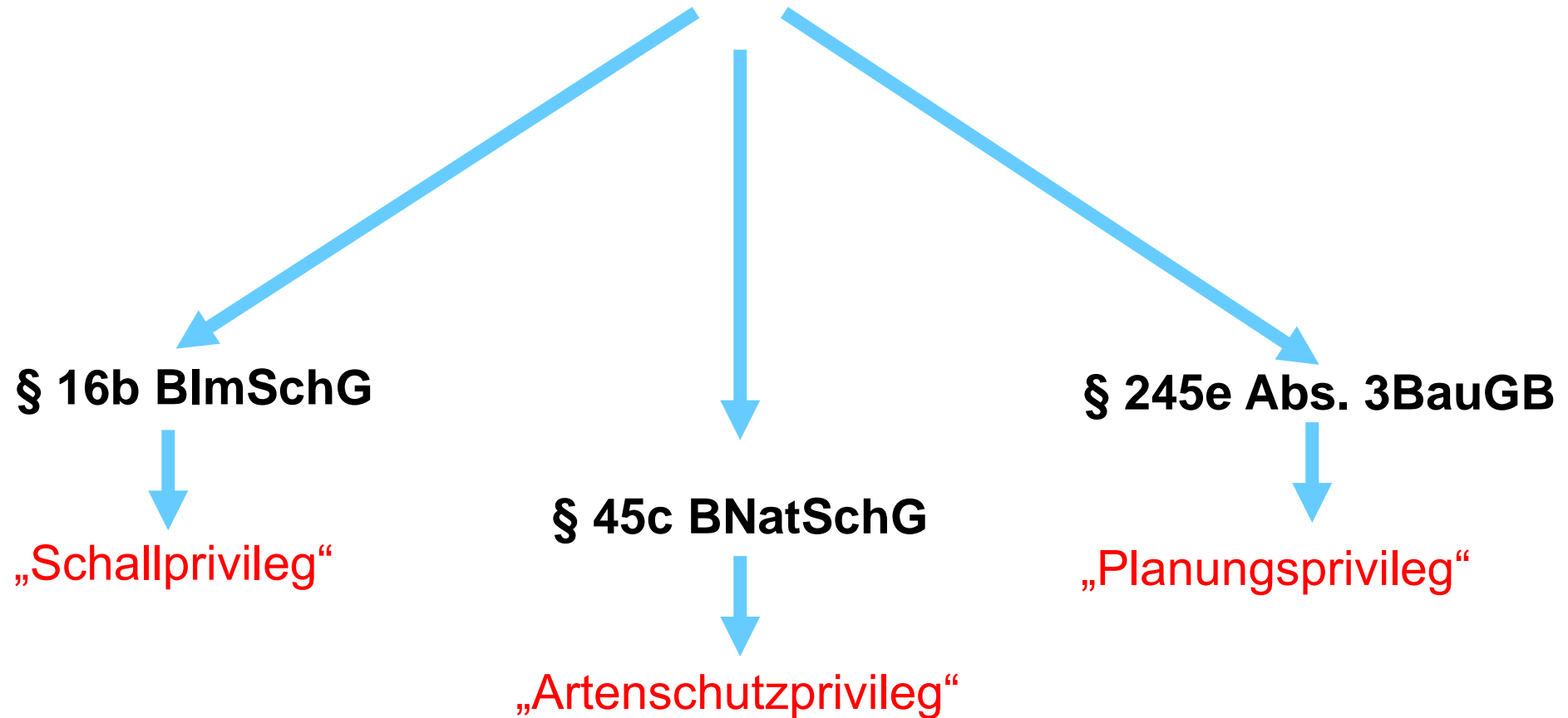
(§ 249 Abs. 5 BauGB)

Ihre **in Aufstellung**
befindlichen Pläne setzen sich
gegen Bestandspläne durch

(§ 245e Abs. 1 BauGB)



3. Repowering gestärkt



→ Rechtsprechung vor allem zu steht noch aus ...



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

RA Dr. Michael Rolshoven

(rolshoven@tettaupartners.de)

Weitere Ansprechpartner zum Thema bei tettau Partnerschaft:

RA Philipp v. Tettau

(tettau@tettaupartners.de)

RAin Marion Westphal-Hansen

(westphal-hansen@tettaupartners.de)

RAin Anja Purwins

(purwins@tettaupartners.de)

RA Philipp Martens

(martens@tettaupartners.de)

RA Katharina zu Solms-Laubach

(solms-laubauch@tettaupartners.de)